

Glahn, Hans-Otto

Article — Digitized Version

Spanien vor einer neuen Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Glahn, Hans-Otto (1959) : Spanien vor einer neuen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 9, pp. 516-519

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132857>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

meinsamen Marktes erwähnt. Die Aussprache betraf die Forschung für die Anpassung dieser Unternehmen an die neue europäische Lage und die Koordination der nationalen Maßnahmen, besonders auf gesetzgeberischem Gebiet. Die Minister beschlossen, regelmäßig Berichte über ihre Mittelstandspolitik fertigzustellen, die Zulassungsbedingungen und Berufsschulungsmethoden miteinander zu vergleichen sowie die Bildung eines europäischen Pools des Kunstgewerbes zu erwägen.

Bei all diesen Bemühungen handelt es sich noch um erste Gehversuche. Das Ziel ist zunächst, bei den Klein- und Mittelbetrieben das erforderliche Bewußtsein für ihre neuen Probleme unter gleichzeitiger Beseitigung von Minderwertigkeitskomplexen oder Katastrophenvorstellungen zu wecken. Die zweite Etappe betrifft die hier nur angedeuteten organisatorischen Aufgaben, aus deren Erfüllung eine neue dynamische Widerstandskraft der europäischen Klein- und Mittelbetriebe hervorzunehmen kann.

Spanien vor einer neuen Wirtschaftspolitik

Hans-Otto Glahn, Madrid

Mit der Erklärung der Stabilität der Pesete und der gleichzeitig erfolgten Aufnahme in die OEEC als vollberechtigtes Mitglied hat Spanien am 20. Juli 1959 einen Strich unter die seit einem Vierteljahrhundert betriebene Politik der wirtschaftlichen Absonderung gezogen und die ernste Absicht bekundet, sich mit der Zeit und unter selbstverständlicher Berücksichtigung einiger notwendiger Übergangsbeschränkungen in den europäischen Wirtschaftsprozeß einzugliedern. Dieser Entschluß konnte niemanden überraschen, denn schon seit langem war der Schritt vorbereitet, insbesondere seit Spanien Anfang 1958 der OEEC als beobachtendes Mitglied beigetreten war, und Monate hindurch hatten sich die Verhandlungen hingezogen, die zwischen den führenden spanischen Kreisen und den Vertretern der Weltwirtschaftsorganisationen gepflogen wurden und in der Reise des Handelsministers Alberto Ullastres nach New York und Paris gipfelten.

WAHRUNGSRELATION

Überrascht hat freilich einerseits der neue Kurs der spanischen Währung, die Festsetzung des Wertverhältnisses von 60 Ptas = 1 US-\$, denn wenngleich der bisherige offizielle Kurs von 42 Ptas = 1 \$ längst überholt und auch in der Praxis durch unzählige Sonderbestimmungen illusorisch geworden war, so hatte man doch damit gerechnet, daß der nun endgültige Dollarpreis der stabilisierten Pesete zwischen 56 und 58 liegen werde, wie die spanischen Noten in der letzten Zeit auf den internationalen Märkten und insbesondere in Tanger gehandelt wurden. Andererseits hatte man auch damit gerechnet, daß der Betrag, der Spanien zum Zwecke der Stabilisierung zur Verfügung gestellt werden würde, wesentlich höher liegen müßte als die 175 Mill. \$, die schließlich als ausreichend erachtet worden sind.

Für die Festsetzung des Kurses etwas unter dem tatsächlichen Handelswert mögen in erster Linie praktische Erwägungen ausschlaggebend gewesen sein, die die etwas überhöhte Devaluation weniger bedeutend erscheinen ließen als die Erreichung einer leicht zu handhabenden Relation zu den zwei wichtigsten Währungen, dem US-\$ und der DM; denn 100 Peseten haben jetzt einen Wert von genau 7 DM.

Was die Geringfügigkeit der zur Verfügung gestellten Mittel angeht, so ist die spanische Regierung der

schon vorher daran geübten Kritik durch eine Erklärung begegnet, daß ihr nunmehr außer den offiziell zugestandenen 175 Mill. \$ (100 Mill. von der OEEC und 75 Mill. von dem Internationalen Währungsfonds) noch recht erhebliche weitere Mittel zur Verfügung stünden, nämlich 130 Mill. aus der Amerikahilfe, 45 Mill. durch das vereinbarte Moratorium für Handelsschulden und schließlich 68 Mill. \$ von amerikanischen Privatbanken gewährte Kredite, so daß sie also zum Zwecke der Stabilisierung über insgesamt 418 Mill. \$ verfüge.

ENTWICKLUNG DER ZAHLUNGSBILANZ

Welche Bedeutung diese Summen für die spanische Wirtschaft haben, mag aus den zur Verfügung stehenden Zahlen der Handels- und der Zahlungsbilanz hervorgehen. Spaniens Außenhandel war von jeher passiv. Ausgang der zwanziger Jahre lag der Wert der Einfuhr im Jahresdurchschnitt 30 % über dem Ausfuhrwert, und etwa 600 Mill. Goldpeseten gingen aus diesem Grunde alljährlich ins Ausland, ohne daß der Kurs der Pesete wesentlichen Schwankungen ausgesetzt gewesen wäre. Denn die Überschüsse der Zahlungsbilanz, die in erster Linie aus den Erträgen privater Kapitalanlagen in den spanisch sprechenden Ländern Amerikas — soweit sie die politische Lösung der ehemaligen Kolonien überdauert hatten —, ferner aus den Sendungen der Auswanderer und der Kapitalrückführungen von Rückwanderern herrührten, genügten, um diese Einfuhrüberschüsse zu bezahlen.

WIRTSCHAFTSLENKUNG UND HILFELEISTUNG

Erst als nach Errichtung der Republik die einsetzende politische Unsicherheit diese Quelle der Zahlungsbilanz weitgehend verschüttete, sah man sich gezwungen, zur Devisenbewirtschaftung überzugehen und die Wareneinfuhr zu beschränken, um dem ständig fortschreitenden Währungsverfall Einhalt zu gebieten.

Der Bürgerkrieg, der drei Jahre lang das Land verheerte, eine Million Menschen kostete und viele Produktionsstätten zerstörte oder lahmlegte, die anschließende Warenknappheit, die der zweite Weltkrieg hervorrief, der Wirtschaftsboykott, dem sich Spanien dann ausgesetzt sah, verschlimmerten die Lage, und so sah sich die spanische Regierung außerstande, aus eigenen Kräften den wirtschaftlichen Wiederaufbau

des Landes durchzuführen, mußte immer mehr zu einer gelenkten Wirtschaft übergehen und versuchen, sich weitgehend vom Ausland unabhängig zu machen.

Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, eine Industrie aufzubauen und zu unterstützen, auch wenn sie unrentabel arbeitete, und ohne ausreichende Kapitalbildung Investitionen vorzunehmen. Hierfür wurden Staatsanleihen ausgegeben, die im Endeffekt zu einem großen Teil bei der Notenbank als Kreditgarantie landeten, so daß der Notenumlauf von 5 Mrd. 1931 auf 9 Mrd. 1939 und schließlich 70 Mrd. 1958 anstieg.

Erst das Einsetzen der Wirtschaftshilfe der USA im Jahre 1954 ermöglichte einen planmäßigen Ausbau der Wirtschaft und eine Steigerung der Einfuhr. Die Einfuhr mußte freilich immer stärker gelenkt werden, um neben den notwendigen Bedarfsgütern, vor allem landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von denen die USA aus ihren eigenen Überschüssen erhebliche Mengen teils als Geschenk, teils gegen langfristige Kredite zur Verfügung stellte, in erster Linie die Einfuhr von Produktionsmitteln zu ermöglichen. Im ganzen dürften im letzten Jahrfünft etwa 800 Mill. US-\$ als Amerikahilfe in der verschiedensten Form zur Verfügung gestanden und die Bezahlung des Defizits der Handelsbilanz, das im gleichen Jahrfünft etwa 1500 Mill. \$ betrug, zu einem großen Teil ermöglicht haben.

Hierzu kamen die Einnahmen aus dem steigenden Fremdenverkehr. Die Zahl der Fremden, die Spanien besuchten, kam 1954 erstmalig an eine Million heran,

stieg dann rasch auf über 2 Mill. 1957, betrug 1958 etwa 2,5 Mill., und für 1959 werden etwa 3 Mill. Besucher erwartet. Die Deviseneinnahmen hieraus waren naturgemäß erheblich, blieben aber doch weit unter den Erwartungen und gingen schließlich sogar zurück, nachdem das Mißverhältnis zwischen dem offiziellen Pesetenkurs und den internationalen Notierungen immer größer wurde, was zur Folge hatte, daß ein großer Teil des Verzehrs der Touristen im Ausland blieb. Trotzdem dürften aus dieser Quelle im Laufe des letzten Jahrfünftes etwa 600 Mill. \$ an Devisen zur Verfügung gestanden haben. Das Defizit der Handelsbilanz wurde also fast völlig durch Amerikahilfe und Fremdenverkehr ausgeglichen.

AGRARPOLITIK

Spanien ist ein armes Land, aber Spanien ist auch ein reiches Land und noch mehr ein Land großer Entwicklungsmöglichkeiten. Weite Gebiete des Innern bringen nur karge Erträge und auch das nur in seltenen guten Jahren, wenn genügend Regen fällt, während oft jahrelang anhaltende Dürre alle Erntehoffnungen der genügsamen Landbevölkerung zunichte macht. An den regnerischen Küsten dagegen und überall, wo Bewässerungsmöglichkeit besteht, grünt und blüht und wächst alles in großer Fülle, weshalb auch die Anlage von Stauwerken und die Ausdehnung des bewässerten Bodens von jeher von der Regierung gefördert wurde und gerade in den letzten Jahren gute Fortschritte machte. Trotz dieser Anstrengungen beträgt auch heute noch das bewäs-

VEREINIGTE ALUMINIUM-WERKE

AKTIENGESELLSCHAFT · BONN



ORIGINAL - HÜTTEN - ALUMINIUM

Aluminium-Guß- und Knetlegierungen in Masseln,
Walz- und Preßformaten, Gieß und Granalien, Erftal® 99,9% Al

REINST - ALUMINIUM 99,99%

RAFFINAL - REFLECTAL®

Aluminiumoxyd • Ferrosilizium • Silizium-Metall

Ruf: Bonn 31741-46 · Fernschreiber: Alu Bonn 088 6885 · Drahtwort: Aluminium Bonn

® reg. Warenzeichen

serte Land nur etwa 1,7 Mill. ha oder 8,8 % der bebauten Fläche, über die Hälfte Spaniens sind nur sehr extensiv genutzte Weiden.

Im Jahre 1930 hatte Spanien etwa 23,5 Mill. Einwohner, von denen 3,5 Mill. in Städten mit über 100 000 Einwohnern lebten, heute dagegen ist die Gesamtbevölkerung auf rund 30 Mill. angestiegen, die der Großstädte auf über 8 Mill. und hat sich also mehr als verdoppelt, während die Landbevölkerung eher zurückgeht. Diesem Bevölkerungszuwachs steht eine stagnierende Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber, was den immer mehr steigenden Importbedarf von Nahrungs- und Futtermitteln erklärt, der in einem Lande, in dem fast 50 % der Erwerbstätigen von der Landwirtschaft leben, eigentlich unverständlich ist, aber zum großen Teil darauf beruht, daß infolge Mangels an modernen Maschinen, Dünger- und Futtermitteln, der Ertrag weit hinter dem zurückbleibt, was erwirtschaftet werden könnte.

Infolgedessen sieht der Erneuerungsplan der spanischen Wirtschaft in erster Linie eine Steigerung der Lebensmittelerzeugung durch Einführung moderner Methoden vor, um künftig die Handelsbilanz in diesem Punkte zu entlasten. Man rechnet durchaus mit der Möglichkeit, die bewässerte landwirtschaftliche Nutzfläche im ganzen auf 4 Mill. ha steigern zu können, wenn das auch lange Jahre erfordert, sollen doch 80 000—100 000 ha alljährlich hinzukommen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Traktoren, die heute kaum 30 000 beträgt, soll um jährlich 10 000 wachsen. Die zur Verfügung stehende Düngemittelmenge soll vervierfacht, die Viehzucht soll durch Zuchtverbesserung gehoben werden, um in absehbarer Zeit eine Erhöhung der Gesamterzeugung um 50—75 % zu erzielen und damit das Land in ein Gebiet landwirtschaftlicher Überschüsse zu verwandeln, ohne daß für die Bodenbearbeitung eine größere Zahl von Arbeitskräften benötigt würde. Moderne Methoden wären in der Lage, trotz der Produktionssteigerung etwa 15 % der heute in der Landwirtschaft Tätigen für andere Wirtschaftszweige freizustellen.

INDUSTRIEPOLITIK

Ganz anders als die Entwicklung der Landwirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung der Industrie verlaufen. Sie hat 1,4 Mill. Arbeitskräfte an sich gezogen und damit weiteren 600 000 Menschen in Handel und Verkehr Beschäftigungsmöglichkeiten verschafft. Auf diese Weise konnte der gesamte Nachwuchs arbeitsfähiger Bevölkerung untergebracht werden, so daß es ein eigentliches Arbeitslosenproblem in Spanien seit langen Jahren nicht mehr gibt.

Der industrielle Produktionsindex ist im Vergleich zu 1930 auf etwa 300 % gestiegen, woran freilich die Erzeugung elektrischer Energie, die sich nahezu sechsfachte, den Hauptteil hatte, während die wichtige Textilindustrie sich kaum halten konnte. Die Erzförderung wies dagegen sogar einen Rückgang auf.

Der Reichtum Spaniens an Bodenschätzen ist seit jeher bekannt. Seine Eisenerze, Kupfer- und Quecksilberlager, Blei- und Silberbergwerke waren schon im Altertum und im Mittelalter berühmt und wurden bis

in die neueste Zeit zu einem großen Teil von ausländischen Unternehmen ausgebeutet. Ihre Rückführung in spanischen Besitz und der Versuch, weiterverarbeitende Industrien im Lande selber zu schaffen, um nicht das Rohmaterial auszuführen, die gesamten Halbzeuge oder Fertigfabrikate dagegen wieder einführen zu müssen, bildete ein Hauptziel der spanischen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten. Dieses Ziel konnte auch zu einem großen Teil erreicht werden, so daß die chemische und die eisenerzverhüttende Industrie großen Aufschwung genommen haben. Sie arbeiten aber zu teuer, um einen internationalen Wettbewerb aushalten zu können. Deshalb wurde aus ihren Kreisen besonders scharf gegen die Aufgabe der bisherigen Wirtschaftspolitik gekämpft.

Die hauptsächlich in Katalonien gelegene Textilindustrie arbeitet meistens mit veralteten Maschinen, und ihre Modernisierung erfordert erhebliche Mittel, um diesen für Spaniens Export früher so wichtigen Wirtschaftszweig wieder auf seine alte Höhe zu bringen. Erdöl wird heute in Spanien überhaupt nicht gefördert, wohl aber in steigendem Maße verbraucht. An vielen Stellen des Landes werden Lager vermutet, und man hofft, mit Hilfe ausländischen Kapitals vor allem auch hier die Möglichkeit zu finden, die Einfuhren durch Eigenerzeugung zu verringern.

Der Wohnungsmangel ist drückend, besonders in den Großstädten, die den Bevölkerungszuwachs fast ausschließlich an sich gezogen haben und in denen etwa 1 Mill. Wohnungen fehlen oder ersetzt werden müssen.

Das Verkehrswesen liegt stark danieder. Nur 25 % des Eisenbahnmaterials sind weniger als 25 Jahre alt. Der Bestand an Kraftwagen aller Art müßte verdreifacht werden, um einigermaßen die gleichen Verhältnisse zu schaffen, die entsprechend der Einwohnerzahl und dem Volkseinkommen in anderen europäischen Ländern herrschen.

KAPITALMANGEL

Es ist also ein weites Gebiet, auf dem der Ausbau der spanischen Wirtschaft erfolgen kann. Besonders klar wird das, wenn man sich vor Augen hält, daß in den nächsten 15 Jahren mit einem Anwachsen der erwerbstätigen Bevölkerung um 1,8 Mill. Menschen zu rechnen ist, wozu bei einer Modernisierung der Landwirtschaft noch weitere 700 000 freiwerdende Arbeitskräfte kommen werden. Es müssen also für etwa 2,5 Mill. Menschen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, um eine Arbeitslosigkeit zu verhindern und gleichzeitig das heute nur niedrige Sozialprodukt (1000 DM pro Kopf der Bevölkerung bzw. 3000 DM pro Berufstätigen) soweit anzuheben, daß eine Angleichung des Lebensstandards an andere Länder Europas ermöglicht wird.

Hierzu fehlt es aber vor allem an Kapital. Die staatlich gelenkte Wirtschaft, die sich ständig verschlechternde Währung, das Industrieschutzgesetz, das eine ausländische Beteiligung bei den Kapitalgesellschaften auf 25 % beschränkte, machten es ausländischem Kapital fast unmöglich, in einer Anlage in Spanien einen Reiz zu finden. Deshalb traf man auch gleichzeitig mit der neuen Kursfestsetzung der Pesete weitgehende Maßnahmen, die die alten Beschränkungen,

wenn auch nicht völlig, so doch weitgehend aufgehoben haben, so daß heute für fremdes Kapital wohl ein Anreiz für eine Anlage in Spanien besteht.

Naturgemäß muß eine äußere Stabilisierung der Währung Hand in Hand mit einer inneren Festigung der Finanzen und einem Verzicht auf eine inflatorisch wirkende Schulden- und Kreditpolitik gehen, wie sie in Spanien in den letzten Jahrzehnten notgedrungen betrieben worden ist. Die Tendenz zu dieser Beschränkung machte sich schon 1957 bemerkbar, als die Ausgabe von Anleihen des öffentlichen Sektors, die 1956 über 18 Mrd. Ptas betragen hatte, auf 10 Mrd. reduziert wurde. Nach der Steuerreform von 1958, die dem ordentlichen Haushalt des Staates einen Überschuß von fast 8 Mrd. Ptas lieferte und ihm ermöglichte, daraus einen großen Teil der notwendigen Investitionen staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen (Eisenbahn, Wohnungsbau, Industrieministerium) zu finanzieren, konnte die Anleiheaufnahme auf unter 4 Mrd. Ptas herabgedrückt werden. Für das laufende Jahr ist eine weitere Verringerung auf 3,5 Mrd. vorgesehen, da neben dem erwarteten Überschuß aus dem Staatshaushalt durch die Erhöhung einiger Abgaben auf Erdöl und Tabak sowie der Tarife der bisher stark unrentablen Staatsbahnen und des Transportwesens weiterhin Mittel beschafft werden, die als Kapitalanlagen verwendet werden sollen, ohne dadurch die Lebenshaltungskosten fühlbar zu steigern.

Schon zu Beginn dieses Jahres war ein Investitionsplan herausgegeben worden, der den Zweck hatte, die Kapitalbeschaffung der Wirtschaft zu steuern. Er erreicht die stattliche Höhe von 81,5 Mrd. Ptas, setzt also voraus, daß etwa 20 % des gesamten Volkseinkommens erspart und der Wirtschaft zugeführt werden, wobei allerdings Selbstfinanzierungen in weitem Maße einbegriffen sind. Dieser Plan, der in erster Linie richtunggebend sein sollte und als Grundlage für Steuererleichterungen und die Gewährung sonstiger Vergünstigungen dienen sollte, erkannte schon die Notwendigkeit der Beschaffung von Auslandskapital an. Er wird auch heute noch als Grundlage dienen, um Kapitalien, die nach seiner Richtlinie angelegt worden sind, steuerliche Vorteile und bevorzugten Devisentransfer zu gewähren. Von den erwähnten 81,5 Mrd. Ptas sollen 15,8 in der Landwirtschaft, 28,6 in der Industrie, 12,0 für öffentliche Bauten, 17,9 für Wohnungsbau und 7,2 Mrd. für verschiedene Sondergebiete angelegt werden.

KREDIT- UND HANDELSPOLITIK

Besonders befürchtet wurde in weiten Kreisen die Notwendigkeit einer Kreditrestriktion durch die Banken, die viele Zusammenbrüche nach sich gezogen hätte. Dem Wortlaut der Regierungserklärung nach ist aber in dieser Hinsicht keine radikale Maßnahme zu befürchten, man gestattet im Gegenteil den Banken, den Gesamtumfang der von ihnen der Kundschaft zur Verfügung gestellten Kredite in diesem Jahre um 11 Mrd. Ptas (8 %) zu erhöhen. Dies wird damit begründet, daß eine Ausweitung der Zahlungsmittel um etwa 190 Mrd. Ptas (70 Mrd. Notenumlauf und 120 Mrd. täglich fällige Bankeinlagen) im Umfang der Erhöhung des Volkseinkommens (4 %) als unge-

fährlich zu gelten habe, daß weiterhin der Gegenwert der reinen Amerikahilfe und die künftig zu hinterlegenden Depots für die beabsichtigte Einfuhr liberalisierter Waren zur Verfügung ständen, so daß eine Kreditausweitung von 14,5 Mrd. ungefährlich sei, wovon der staatliche Sektor nur 3,5 Mrd. benötige. Eine Kreditausweitung soll auch die Erhöhung des Diskontsatzes von 5 auf 6¼ % verhüten.

Eine Anzahl weiterer Maßnahmen, wie die Einführung einer vorübergehenden Ausfuhrabgabe auf eine Reihe von Erzeugnissen (hauptsächlich Südfrüchten), um die Versorgung des erheblichen Inlandsbedarfs sicherzustellen, sowie Zollerhöhungen zum Schutz der nationalen Industrie gegen eine zu scharfe Konkurrenz des Auslandes bei sofort einsetzender Liberalisierung für etwa 50 % der Importe, sollen eine zu starke Auswirkung des neuen Kurses verhindern.

Der Handelsminister bezeichnete die erhaltenen Kredite als ausreichend, um in einem Zeitraum von etwa 1½ bis 2 Jahren einen völligen Ausgleich der spanischen Zahlungsbilanz herbeiführen zu können. Wie schon gezeigt wurde, war das tatsächliche Defizit der Zahlungsbilanz in den letzten Jahren gar nicht so sehr groß, und wenn auch die Zuschüsse und Kredite der USA dabei große Bedeutung hatten, so waren andererseits das Mißtrauen in die Stabilität der Pesete, der große Unterschied zwischen Inlands- und Auslandskurs und die Autarkiepolitik der Regierung von großem belastenden Gewicht.

Gewiß besteht die Notwendigkeit, die Einfuhren in den nächsten Jahren stark zu steigern, um die Produktion des Landes zu heben und es in Zukunft seiner wachsenden Bevölkerung zu ermöglichen, besonders ihren Nahrungsmittelbedarf vorwiegend aus Eigenproduktion zu decken, die Ausfuhr zu erhöhen und gleichzeitig den Lebensstandard zu heben.

Schon in den wenigen Wochen, die vergangen sind, machen sich die Erhöhungen der Deviseneingänge aus dem Fremdenverkehr und der Kapitalrückflüsse stark bemerkbar, und sie allein sollten bei Fortbestehen der Amerikahilfe, die ja auch teilweise auf militärischer Grundlage beruht, ausreichen, um den gesteigerten Einfuhrbedarf finanzieren zu können.

Spanien ist der OEEC beigetreten. Ob es sich innerhalb dieser mehr der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der „Kleinen Freihandelszone“ zuwenden wird, das steht noch keineswegs fest und dürfte auch wohl davon abhängen, welche Zugeständnisse ihm von der einen oder anderen Seite gemacht und welche Kapitalien ihm zur Verfügung gestellt werden. In den USA scheint bereits größeres Interesse an Investitionen in Spanien und vor allem für die Erforschung der Fördermöglichkeiten von Erdöl zu herrschen, für die staatlicherseits besondere Vorteile gewährleistet werden, weil das Land hierin heute völlig vom Ausland abhängig ist.

Es ist durchaus zu erwarten, daß die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, um eine völlige Stabilisierung der spanischen Währung und Wirtschaft und gleichzeitig eine Produktionsausweitung besonders auf Gebieten durchzuführen, die für Gesamteuropa von besonderer Wichtigkeit sind.